

Inhaltsverzeichnis

1. Bündnis 90/Die Grünen	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. LobbyControl	
4. Lobbyregister	
5. Karenzzeit	
6. Nebeneinkünfte von Abgeordneten	
7. Lobbyisten in Ministerien	
8. Partesponsoring	
9. Gesamtmetall	
10. Daimler	
11. Allianz	
12. Parteienfinanzierung	

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r Simone Peter und Cem Özdemir

GeneralsekretärIn Michael Kellner

Hauptsitz Platz vor dem Neuen Tor 1,
10115 Berlin

Mitglieder ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012)^[1]

Webadresse <http://www.gruene.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	2
1.1 Seitenwechsler	2
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	3
2 Wahlprüfsteine 2013	3
2.1 Lobbyregister	3
2.2 Karenzzeiten	3
2.3 Parteienfinanzierung	3
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	4
2.5 Abgeordnetenbestechung	4
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	4
3 Wahlprüfsteine 2009	4
4 Parteifinanzierung	5
5 Weiterführende Informationen	7
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
7 Einzelnachweise	7

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,30	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,52	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,52	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,6	7,7	21,0	7,0	22,3	5,7	18,7	5,5	20,2
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,0	10,8	3,5	11,2	4,5	14,8	3,4	12,5
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,2	0,5	0,2	0,6	0,3	0,9	0,5	0,8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,3	1,0	3,3	1,1	3,8	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	8
1.1 Seitenwechsler	8
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	9
2 Wahlprüfsteine 2013	9
2.1 Lobbyregister	9
2.2 Karenzzeiten	9
2.3 Parteienfinanzierung	9
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	10
2.5 Abgeordnetenbestechung	10
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	10
3 Wahlprüfsteine 2009	10
4 Parteifinanzierung	11
5 Weiterführende Informationen	13
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
7 Einzelnachweise	13

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,03	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,55	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,55	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,6	7,7	21,0	7,0	22,3	5,7	18,7	5,5	20,2
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,0	10,8	3,5	11,2	4,5	14,8	3,4	12,5
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,2	0,5	0,2	0,6	0,3	0,9	0,5	0,8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,3	1,0	3,3	1,1	3,8	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		30,6 Mio €		27,4 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	14
1.1 Seitenwechsler	14
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	15
2 Wahlprüfsteine 2013	15
2.1 Lobbyregister	15
2.2 Karenzzeiten	15
2.3 Parteienfinanzierung	15
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	16
2.5 Abgeordnetenbestechung	16
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	16
3 Wahlprüfsteine 2009	16
4 Parteifinanzierung	17
5 Weiterführende Informationen	19
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
7 Einzelnachweise	19

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,30	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,52	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,52	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,6	7,7	21,0	7,0	22,3	5,7	18,7	5,5	20,2
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,0	10,8	3,5	11,2	4,5	14,8	3,4	12,5
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,2	0,5	0,2	0,6	0,3	0,9	0,5	0,8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,3	1,0	3,3	1,1	3,8	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	20
1.1 Seitenwechsler	20
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	21
2 Wahlprüfsteine 2013	21
2.1 Lobbyregister	21
2.2 Karenzzeiten	21
2.3 Parteienfinanzierung	21
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	22
2.5 Abgeordnetenbestechung	22
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	22
3 Wahlprüfsteine 2009	22
4 Parteifinanzierung	23
5 Weiterführende Informationen	25
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
7 Einzelnachweise	25

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,33	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,55	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,55	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,33	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €	

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,6	7,7	21,0	7,0	22,3	5,7	18,7	5,5	20,2
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,0	10,8	3,5	11,2	4,5	14,8	3,4	12,5
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,2	0,5	0,2	0,6	0,3	0,9	0,5	0,8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,3	1,0	3,3	1,1	3,8	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	26
1.1 Seitenwechsler	26
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	27
2 Wahlprüfsteine 2013	27
2.1 Lobbyregister	27
2.2 Karenzzeiten	27
2.3 Parteienfinanzierung	27
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	28
2.5 Abgeordnetenbestechung	28
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	28
3 Wahlprüfsteine 2009	28
4 Parteifinanzierung	29
5 Weiterführende Informationen	31
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
7 Einzelnachweise	31

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,30	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,52	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,52	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,66	7,70	21,00	7,00	22,30	5,70	18,70	5,50	20,20
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,00	10,88	3,50	11,20	4,50	14,80	3,40	12,50
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,20	0,50	0,20	0,60	0,30	0,90	0,50	0,80
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,30	1,0	3,30	1,1	3,80	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	32
1.1 Seitenwechsler	32
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	33
2 Wahlprüfsteine 2013	33
2.1 Lobbyregister	33
2.2 Karenzzeiten	33
2.3 Parteienfinanzierung	33
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	34
2.5 Abgeordnetenbestechung	34
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	34
3 Wahlprüfsteine 2009	34
4 Parteifinanzierung	35
5 Weiterführende Informationen	37
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
7 Einzelnachweise	37

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,36	21,77	8,00	21,06	6,66	21,01	8,36	21,77	8,00	21,06
Mandatsträgerbeiträge	8,99	22,38	8,66	22,06	7,70	21,07	7,00	22,03	8,66	22,06	7,70	21,07
Spenden von natürlichen Personen	4,28	10,67	3,48	8,88	4,00	10,08	3,52	11,02	3,48	8,88	4,00	10,08
Spenden von juristischen Personen	0,74	1,74	0,54	1,44	0,93	2,03	0,57	1,07	0,54	1,44	0,93	2,03
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,34	51	0,24	42,4	0,44	51,5	0,33	60,3	0,24	42,4	0,44	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,01	0,00	0,05	0,00	0,02	0,00	-	-	0,05	0,00	0,02	0,00
Aus sonstigem Vermögen	0,15	0,37	0,23	0,53	0,25	0,52	0,26	0,62	0,23	0,53	0,25	0,52
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,08	2,01	0,28	2,02	1,19	2,09	1,02	3,02	0,28	2,02	1,19	2,09
Staatliche Mittel	15,05	37,55	15,25	39,05	13,88	37,05	11,46	36,06	15,25	39,05	13,88	37,05
Sonstige	1,44	3,51	1,25	3,25	1,23	3,03	1,03	3,03	1,25	3,25	1,23	3,03
Summe	40,15 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €	

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,6	7,7	21,0	7,0	22,3	5,7	18,7	5,5	20,2
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,0	10,8	3,5	11,2	4,5	14,8	3,4	12,5
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,2	0,5	0,2	0,6	0,3	0,9	0,5	0,8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,3	1,0	3,3	1,1	3,8	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitz	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	38
1.1 Seitenwechsler	38
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	39
2 Wahlprüfsteine 2013	39
2.1 Lobbyregister	39
2.2 Karenzzeiten	39
2.3 Parteienfinanzierung	39
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	40
2.5 Abgeordnetenbestechung	40
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	40
3 Wahlprüfsteine 2009	40
4 Parteifinanzierung	41
5 Weiterführende Informationen	43
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	43
7 Einzelnachweise	43

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,36	21,77	8,00	21,06	6,66	21,01	8,36	21,77	8,00	21,06
Mandatsträgerbeiträge	8,99	22,38	8,66	22,06	7,70	21,07	7,00	22,03	8,66	22,06	7,70	21,07
Spenden von natürlichen Personen	4,28	10,67	3,48	8,88	4,00	10,08	3,52	11,02	3,48	8,88	4,00	10,08
Spenden von juristischen Personen	0,74	1,74	0,54	1,04	0,93	2,03	0,57	1,07	0,54	1,04	0,93	2,03
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,34	51	0,24	42,4	0,44	51,5	0,33	60,3	0,24	42,4	0,44	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,01	0,00	0,05	0,00	0,02	0,00	-	-	0,05	0,00	0,02	0,00
Aus sonstigem Vermögen	0,15	0,37	0,23	0,53	0,25	0,62	0,26	0,66	0,23	0,53	0,25	0,62
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,08	2,01	0,28	7,02	1,19	2,91	1,02	3,02	0,28	7,02	1,19	2,91
Staatliche Mittel	15,05	37,55	15,25	39,05	13,88	37,05	11,46	36,06	15,25	39,05	13,88	37,05
Sonstige	1,44	3,51	1,25	3,25	1,23	3,03	1,03	3,03	1,25	3,25	1,23	3,03
Summe	40,15 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €	

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,66	7,70	21,00	7,00	22,30	5,70	18,70	5,50	20,20
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,00	10,88	3,50	11,20	4,50	14,80	3,40	12,50
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,20	0,50	0,20	0,60	0,30	0,90	0,50	0,80
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,30	1,0	3,30	1,1	3,80	0,90	3,10
Summe		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		30,6 Mio €		27,4 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	44
1.1 Seitenwechsler	44
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	45
2 Wahlprüfsteine 2013	45
2.1 Lobbyregister	45
2.2 Karenzzeiten	45
2.3 Parteienfinanzierung	45
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	46
2.5 Abgeordnetenbestechung	46
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	46
3 Wahlprüfsteine 2009	46
4 Parteifinanzierung	47
5 Weiterführende Informationen	49
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
7 Einzelnachweise	49

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
	Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,36	21,77	8,00	21,06	6,66	21,01	8,36	21,77	8,00
Mandatsträgerbeiträge	8,99	22,38	8,66	22,06	7,70	21,07	7,00	22,03	8,66	22,06	7,70	21,07
Spenden von natürlichen Personen	4,28	10,67	3,48	8,88	4,00	10,08	3,52	11,02	3,48	8,88	4,00	10,08
Spenden von juristischen Personen	0,77	1,74	0,54	1,44	0,93	2,09	0,57	1,07	0,54	1,44	0,93	2,09
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,34	51	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,01	0,00	0,05	0,00	0,02	0,00	-	-	0,05	0,00	0,02	0,00
Aus sonstigem Vermögen	0,15	0,37	0,2	0,53	0,22	0,55	0,26	0,83	0,2	0,53	0,22	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,08	2,01	0,82	2,02	1,19	2,91	1,02	3,02	0,82	2,02	1,19	2,91
Staatliche Mittel	15,05	37,55	15,25	39,05	13,88	37,05	11,46	36,06	15,25	39,05	13,88	37,05
Sonstige	1,4	3,51	1,25	3,25	1,23	3,03	1,03	3,03	1,25	3,25	1,23	3,03
Summe	40,15 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		38,4 Mio €		36,8 Mio €	

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,66	7,70	21,00	7,00	22,30	5,70	18,70	5,50	20,20
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,00	10,88	3,50	11,20	4,50	14,80	3,40	12,50
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,20	0,50	0,20	0,60	0,30	0,90	0,50	0,80
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,30	1,0	3,30	1,1	3,80	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	50
1.1 Seitenwechsler	50
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	51
2 Wahlprüfsteine 2013	51
2.1 Lobbyregister	51
2.2 Karenzzeiten	51
2.3 Parteienfinanzierung	51
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	52
2.5 Abgeordnetenbestechung	52
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	52
3 Wahlprüfsteine 2009	52
4 Parteifinanzierung	53
5 Weiterführende Informationen	55
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
7 Einzelnachweise	55

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,30	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,52	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,52	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,6	7,7	21,0	7,0	22,3	5,7	18,7	5,5	20,2
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,0	10,8	3,5	11,2	4,5	14,8	3,4	12,5
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,2	0,5	0,2	0,6	0,3	0,9	0,5	0,8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,3	1,0	3,3	1,1	3,8	0,9	3,1
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	56
1.1 Seitenwechsler	56
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	57
2 Wahlprüfsteine 2013	57
2.1 Lobbyregister	57
2.2 Karenzzeiten	57
2.3 Parteienfinanzierung	57
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	58
2.5 Abgeordnetenbestechung	58
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	58
3 Wahlprüfsteine 2009	58
4 Parteifinanzierung	59
5 Weiterführende Informationen	61
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
7 Einzelnachweise	61

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,30	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,55	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,55	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,66	7,70	21,00	7,00	22,30	5,70	18,70	5,50	20,20
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,00	10,88	3,50	11,20	4,50	14,80	3,40	12,50
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,20	0,50	0,20	0,60	0,30	0,90	0,50	0,80
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,20	3,30	1,00	3,30	1,10	3,80	0,90	3,10
Summe		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		30,6 Mio €		27,4 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	62
1.1 Seitenwechsler	62
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	63
2 Wahlprüfsteine 2013	63
2.1 Lobbyregister	63
2.2 Karenzzeiten	63
2.3 Parteienfinanzierung	63
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	64
2.5 Abgeordnetenbestechung	64
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	64
3 Wahlprüfsteine 2009	64
4 Parteifinanzierung	65
5 Weiterführende Informationen	67
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
7 Einzelnachweise	67

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,30	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,52	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,52	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,66	7,70	21,00	7,00	22,30	5,70	18,70	5,50	20,20
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,00	10,88	3,50	11,20	4,50	14,80	3,40	12,50
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,20	0,50	0,20	0,60	0,30	0,90	0,50	0,80
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,20	3,30	1,00	3,30	1,10	3,80	0,90	3,10
Summe		38,4 Mio €	36,8 Mio €	31,2 Mio €	30,6 Mio €	27,4 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Simone Peter und Cem Özdemir
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 60.000 (Stand: Dezember 2012) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	68
1.1 Seitenwechsler	68
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	69
2 Wahlprüfsteine 2013	69
2.1 Lobbyregister	69
2.2 Karenzzeiten	69
2.3 Parteienfinanzierung	69
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	70
2.5 Abgeordnetenbestechung	70
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	70
3 Wahlprüfsteine 2009	70
4 Parteifinanzierung	71
5 Weiterführende Informationen	73
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	73
7 Einzelnachweise	73

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. Das klare Bekenntnis, für ein verpflichtendes Lobbyregister, ist erfreulich.

Karenzzeiten

Während einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar.

Parteienfinanzierung

Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln). Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar

wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu [hier](#).

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht.

Abgeordnetenbestechung

Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933). Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorgelegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. LobbyControl begrüßt das.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Lobbyistenregister

Es wird die Errichtung eines verbindlichen öffentlichen Lobbyistenregisters gefordert. In dem Register soll die Tätigkeit der im Bereich von Bundesregierung und Deutschen Bundestag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten im Detail erfasst werden (Antrag der Grünen dazu: [BT-Drs. 16/13174](#), PDF).

- Karenzzeit:

Forderung nach einer Karenzzeit, wie es sie auf europäischer Ebene gibt. Der Bundestagsantrag der grünen Fraktion ([BT-Drs. 16/948](#), pdf) orientiert sich an einer vergleichbaren Regelung, die es für Beamte in § 69a BBG gibt. Eine verfassungsfeste Lösung wird gefordert, die auch das Grundrecht der Berufsfreiheit respektiert. Eine feste Karenzzeit, in der ein Eingriff in die Berufsfreiheit eines Ex-Ministers gerechtfertigt zu sein scheint, formuliert der Antrag noch nicht. Angemessen sind jedoch drei Jahre.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien wird sehr kritisch gesehen. Die bereits vorhandenen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung sind unzureichend. Die Vorgabe lädt dazu ein, mit Lobbyisten künftig befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, weil für diese Personen die Vorschrift nicht gilt. Darüber hinaus ist auffällig, dass viele der Maßgaben in der Verwaltungsvorschrift mit dem Passus "grundsätzlich" oder "im Regelfall" versehen werden: "Grundsätzlich" sollen Lobbyisten keine leitende Funktion erhalten, "grundsätzlich" sollen sie nicht im Leitungsbereich arbeiten oder an der Formulierung von Gesetzentwürfen. Wer derart oft vom Grundsatz spricht, der hat die Ausnahmen offensichtlich schon im Kopf. Diese Lücken müssen in Hinblick auf mehr Transparenz geschlossen werden. Eine angemessene Aufarbeitung der „Altfälle“ ist ebenfalls erforderlich.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Regelungen haben die Grünen maßgeblich mitgestaltet. Diese sollen verhindern, dass über die wirtschaftlichen Interessen der Abgeordneten auf die Ausübung ihres Mandats in illegitimer Weise Einfluss genommen wird. Die Grünen hätten sich noch mehr Transparenz gewünscht, dafür gab es jedoch keine Mehrheit im Bundestag. Jeder Aufweichung der Transparenzregeln werden sich die Grünen entschieden widersetzen. Eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten im Hinblick auf mehr Transparenz müssen beseitigt werden. Des Weiteren muss eine vernünftige Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit nach mehr Transparenz sowie der geschützten Rechtsgüter des einzelnen Abgeordneten getroffen werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[4]

Parteifinanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 53.901.791,11 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	390.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall sowie VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
Daimler	210.000 €	
	170.001	

Allianz	€	
Hans-Christian Ströbele (MdB)	129.705,73 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Axel Vogel (MdL)	121.946,59 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen/Jahr	2013		2012		2011		2010		2012		2011	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	8,7	21,73	8,6	21,77	8,0	21,66	6,6	21,61	8,3	21,76	8,0	21,66
Mandatsträgerbeiträge	8,9	22,38	8,6	22,66	7,7	21,70	7,0	22,30	8,6	22,66	7,7	21,70
Spenden von natürlichen Personen	4,2	10,68	3,4	8,88	4,0	10,88	3,5	11,22	3,4	8,88	4,0	10,88
Spenden von juristischen Personen	0,7	1,74	0,5	1,44	0,9	2,33	0,5	1,77	0,5	1,44	0,9	2,33
<i>Davon intransparente Spenden jur. Personen (nicht namentlich genannt)</i>	0,3	51,4	0,2	42,4	0,4	51,5	0,3	60,3	0,2	42,4	0,4	51,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,01	0,0	0,05	0,0	0,02	-	-	0,0	0,05	0,0	0,02
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,37	0,2	0,53	0,2	0,55	0,2	0,66	0,2	0,53	0,2	0,55
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	2,18	0,2	2,82	1,1	2,91	1,0	3,28	0,2	2,82	1,1	2,91
Staatliche Mittel	15,0	37,55	15,2	39,55	13,8	37,58	11,4	36,64	15,2	39,55	13,8	37,58
Sonstige	1,4	3,51	1,2	3,25	1,2	3,33	1,0	3,30	1,2	3,25	1,2	3,33
Summe	40,15	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €	31,2	Mio €	38,4	Mio €	36,8	Mio €

Art der Einnahmen/Jahr	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	8,3	21,8	8,0	21,6	6,6	21,1	6,0	19,6	5,7	20,7
Mandatsträgerbeiträge	8,66	22,66	7,70	21,00	7,00	22,30	5,70	18,70	5,50	20,20
Spenden von natürlichen Personen	3,4	8,88	4,00	10,88	3,50	11,20	4,50	14,80	3,40	12,50
Spenden von juristischen Personen	0,5	1,4	0,9	2,3	0,5	1,7	0,9	3,0	0,5	1,8
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,005	0	0,002	0	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,2	0,53	0,20	0,50	0,20	0,60	0,30	0,90	0,50	0,80
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	2,2	1,1	2,9	1,0	3,2	0,9	3,0	0,7	2,6
Staatliche Mittel	15,2	39,5	13,8	37,5	11,4	36,6	11,1	36,3	10,2	37,3
Sonstige	1,2	3,25	1,2	3,30	1,0	3,30	1,1	3,80	0,90	3,10
Summe		38,4 Mio €		36,8 Mio €		31,2 Mio €		30,6 Mio €		27,4 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mehr Grüne als Liberale](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017